

A28NEU3 Grüne Tierpolitik im Land Bremen und darüber hinaus

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 2. Anträge

Es ist an der Zeit, das Mensch-Tier-Verhältnis neu zu überdenken und zu definieren. Als einzige politische Kraft erkennen wir Grünen bereits in unserem Grundsatzprogramm an, dass Tiere Rechte haben. Es ist daher an uns, dafür zu sorgen, dass sie an diesen Rechten tatsächlich teilhaben können. Ein erster Schritt dazu ist, sie nicht länger einzig unter dem Gesichtspunkt der Verwertung und des Nutzens für den Menschen zu betrachten: Wir müssen Schritte hin zu einer friedlichen Koexistenz von Menschen und anderen Tieren unternehmen.

Tiere institutionell stärken

Um die Position der Tiere in Politik und Gesellschaft zu stärken, wollen wir das Verbandsklagerecht für Tierschutzorganisationen in Bremen verschärfen. Neben der Feststellungsklage sollen in Zukunft auch Anfechtungs- und Verpflichtungsklagen möglich sein, damit Tierschutzvergehen nicht mehr nur im Nachhinein festgestellt, sondern bereits vorbeugend verhindert werden können. Während Bremen einmal Vorreiter bei der Einführung des Verbandsklagerechts war, wurden wir inzwischen von anderen Bundesländern überholt: In Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz und im Saarland werden bereits alle drei Klagearten anerkannt.

Wir wollen nach dem Vorbild vieler anderer Länder und inzwischen auch Kommunen eine bezahlte Stelle einer Landestierschutzbeauftragte*n als zentrale Anlaufstelle für Bürger*innen zum Thema Tierschutz schaffen. Außerdem soll das Landesveterinäramt (LMTVet) personell, materiell sowie mit Befugnissen angemessen ausgestattet werden, um regelmäßige, unangekündigte Kontrollen von Tierhaltungen zu ermöglichen. Um ein Bewusstsein für den Umgang mit Tieren zu schaffen, sollen Tierschutz und Tierrechte Teil der Lehrpläne in Bremen werden und Kooperationen mit Tierschutz-/Tierrechtsinitiativen gefördert werden.

Tiere in der Land- und Forstwirtschaft

Die aktuelle Praxis in der Landwirtschaft ist meilenweit entfernt von einem gesellschaftlich akzeptierten Umgang mit Tieren. Deshalb setzen wir uns auf Bundesebene für eine radikale Wende in der Landwirtschaftspolitik ein. Die schlimmsten Auswüchse der industriellen Tierhaltung bekämpfen wir mit ordnungsrechtlichen Vorgaben in einem neuen Tierschutzgesetz und dazugehörigen Haltungsverordnungen, etwa Kastenstand, Amputationen, Verbot von Akkordschlachtung usw. Bei der Förderung von Tierschutzmaßnahmen durch staatliche Gelder sollen dagegen nur substanzielle Schritte gefördert werden, etwa der vollständige Verzicht auf Tiertransporte oder ganzjährige Haltung auf der Weide oder im Offenstall.

Es gibt in Deutschland viel zu viel Tierhaltung zur Lebensmittelproduktion. Das ist nicht nur schlecht für die Umwelt, für unsere Gesundheit, für das Klima und unzählige Menschen in anderen Teilen der Welt, sondern insbesondere auch für die Tiere selbst. Deshalb wollen wir uns in Bremen und auf Bundesebene für Programme einsetzen, die Tierhalter*innen unterstützen, in andere Arten der Landnutzung zu wechseln, wie beispielsweise Energiewirtschaft (sofern ohne ökologische Folgeschäden wie beim Maisanbau möglich) oder Tourismus.

44 Wir wollen das Jagdrecht in Bremen nach dem Vorbild Nordrhein-Westfalens
45 reformieren und dabei Treibjagd, Drückjagd und Fallenjagd verbieten. Die
46 Bejagung von Tieren sollte außerdem durch die dafür vorgesehenen offiziellen
47 Stellen erfolgen, eine private Hobbyjagd lehnen wir ab. Wir wollen
48 Grundstückseigentümer*innen ermöglichen, die Jagd auf ihren eigenen Grundstücken
49 zu unterbinden.

50 Ernährung und Bekleidung

51 Bremen ist als Stadtstaat kein Schwerpunkt der Tierhaltungsindustrie – aber
52 durch den Konsum tierischer Produkte, von Lebensmitteln bis zur Bekleidung, hat
53 das Land großen Einfluss. Diesen wollen wir noch stärker nutzen. In der
54 öffentlichen Beschaffung soll das Land Bremen wo immer möglich auf Tierprodukte
55 wie Leder verzichten, etwa bei der Beschaffung von Möbeln oder Autositzen.

56 Wir wollen, dass Menschen die Möglichkeit haben, sich ganz dagegen zu
57 entscheiden, dass Tiere für die Nahrungsmittelproduktion eingesperrt und getötet
58 werden. Damit helfen sie nicht nur den Tieren selbst, sondern auch Umwelt und
59 Klima. Doch vielfach fehlt dafür noch ein entsprechendes veganes Angebot. Wir
60 werden in allen öffentlichen Einrichtungen, von Krankenhäusern und Gefängnissen
61 über Schulen und Unimensen bis zu Behörden-Kantinen, preisgünstige und
62 vollwertige vegane Alternativen etablieren, damit Konsument*innen die Freiheit
63 haben, sich vegan zu ernähren. Zugleich sollen deutlich weniger fleischhaltige
64 Speisen angeboten werden. Beim Studentenwerk sollen fleisch- oder fischhaltige
65 Speisen außerdem nicht mehr zusätzlich subventioniert werden, die
66 subventionierten Essen 1 und 2 also immer vegetarisch oder vegan sein.

67 Wir wollen dafür werben, dass die Mittel des EU-Schulprogramms von Bremischen
68 Schulen für Obst und Gemüse und nicht für Milch abgerufen werden. Denn Milch als
69 täglicher Pausensnack ist für Kinder nicht nur gesundheitlich ungeeignet, das
70 EU-Programm differenziert auch nicht zwischen Haltungsformen und erlaubt damit
71 auch nicht-ökologisch wirtschaftenden Unternehmen der Milchindustrie, ihre mit
72 Werbung bedruckten Produkte in die Schulen zu bringen. Diese zusätzliche
73 Subventionierung der Milchindustrie lehnen wir deshalb ab.

74 Viele Konsument*innen von Tierprodukten sind mit den Haltungsbedingungen der
75 Tiere nicht einverstanden, doch auf den Produkten selbst fehlen die nötigen
76 Informationen über die Herkunft. Wir setzen uns deshalb auf Bundesebene für eine
77 eindeutige textliche Beschreibung der Haltungsbedingungen auf allen, auch
78 verarbeiteten Tierprodukten ein. Außerdem wollen wir ein Verbot
79 schönfärberischer Bilder und Beschreibungen auf Verpackungen und in der Werbung
80 für Tierprodukte erreichen.

81 Tierversuche in Forschung und Lehre beenden

82 Wir wollen Tierversuche in der Forschung schnellstmöglich abschaffen. Neben
83 zusätzlichen Forschungsgeldern für Alternativmethoden auf Bundesebene gehört
84 dazu in Bremen insbesondere, keine Landesmittel für Projekte mit Tierversuchen
85 auszugeben. Außerdem soll in Zukunft grundsätzlich die Zustimmung der
86 Ethikkommission notwendig sein, um Tierversuche in Bremen zu genehmigen. Wir
87 fordern eine paritätische Besetzung der Kommission, in der demnach die Hälfte
88 der Mitglieder auf Vorschlag von Tierschutzverbänden berufen werden soll, und
89 eine Vergütung der Mitglieder mit einer angemessenen Aufwandsentschädigung.

90 Tierverbrauch in der Lehre lehnen wir ab. Während angehende Humanmediziner*innen
 91 beispielsweise an Leichenteilen forschen, machen Biologiestudent*innen und
 92 andere immer noch Versuche mit lebenden Tieren. Dabei stehen viele, meist auch
 93 mit Blick auf den Lernerfolg viel bessere Alternativmethoden zur Verfügung, etwa
 94 hochauflösende Videos oder Virtual-Reality-Anwendungen. Wir wollen Ausbildung
 95 und Studium in Bremen tierverbrauchsfrei machen und dafür das Hochschulgesetz
 96 entsprechend korrigieren.

97 Verantwortungsvoller Umgang mit Heimtieren Damit Hunde auch in der Stadt
 98 genügend Platz bekommen, wollen wir die längst beschlossenen Freilaufflächen
 99 endlich realisieren. Wir wollen aber ebenso eine Pflicht zum Chippen und
 100 Registrieren der Hunde sowie zum Abschließen einer Haftpflichtversicherung
 101 einführen. Da die meisten schweren Bissverletzungen von Rassen wie Schäferhund
 102 oder Rottweiler verursacht werden, wollen wir nach dem Vorbild von Niedersachsen
 103 das schwache Instrument der Rasselisten durch Sachkundenachweise und Wesenstest
 104 für alle Hunde ersetzen. Die praktische Prüfung der Sachkunde soll dabei für
 105 jeden Hund neu abgelegt werden.

106 Auf Bundesebene setzen wir uns für eine Heimtierschutzverordnung ein, welche
 107 auch eine Positivliste der Tierarten enthält, welche in Privathand gehalten
 108 werden dürfen. Außerdem wollen wir uns für ein Verbot der Boxenhaltung von
 109 Pferden, von sogenannten Exotenbörsen und von Internethandel von Tieren
 110 einsetzen. Bei Fällen von Animal Hoarding, der massenhaften Haltung von
 111 Heimtieren in Privatwohnungen, ist dafür zu sorgen, dass das Tierheim
 112 ausreichend finanziell ausgestattet wird, um die Versorgung der Tiere zu
 113 übernehmen.

114 Tiere sind keine Unterhaltungsgegenstände!

115 Wir setzen uns dafür ein, dass auf Bundesebene endlich ein generelles Verbot für
 116 die Haltung von Wildtieren in Zirkussen und Shows beschlossen wird. In Bremen
 117 wollen wir Ponykarussells verbieten.

118 Tiere in der Stadt

119 Wir fordern die Einrichtung von Taubenschlägen nach dem „Augsburger Modell“. In
 120 diesen bekommen die Tauben eine Unterkunft, medizinische Betreuung und
 121 insbesondere artgerechtes Futter, weshalb sie sich in der Folge die meiste Zeit
 122 im Taubenschlag statt auf Futtersuche befinden. Durch den Einsatz von Gipseiern
 123 wird die Population kontrolliert. Dieses Modell hilft nicht nur den Tauben,
 124 sondern ist letztlich auch günstiger als die derzeit für Taubenabwehr und
 125 Reinigung eingesetzten Mittel. Auf Bundesebene wollen wir uns dafür einsetzen,
 126 dass Abgaben auf die Taubenzucht erhoben werden, aus denen solche Taubenschläge
 127 in Zukunft finanziert werden.

128 Auch für andere in der Stadt lebende Tiere, insbesondere Insekten und Vögel,
 129 wollen wir mehr Tierschutz erreichen. Dazu wollen wir z. B. verstärkt
 130 Vogelschutzmarkierungen an Häusern, „Insektenhotels“ und mehr Stadtbegrünung mit
 131 Wildblumen.

132 Meeresschutz

133 Unsere Gesellschaft steuert im Moment auf eine ökologische Katastrophe zu: Wir
 134 sind auf dem besten Weg, die Meere der Welt leer zu fischen. Dem müssen wir
 135 dringend Einhalt gebieten. Auf Bundesebene, in der EU und auf internationaler

136 Ebene setzen wir uns für ein Verbot von Grundschieppnetz-, Stellnetz-,
 137 Treibnetz-, Langleinen- und Tiefseefischerei ein. Subventionen für Fischerei
 138 wollen wir streichen. Dabei wollen wir prüfen, ob wir vorhandene Subventionen
 139 für die Garnelen-Fischerei in Bremerhaven, welche grundsätzlich mit ökologisch
 140 katastrophalen Grundschieppnetzen erfolgt, kurzfristig beenden können. Außerdem
 141 wollen wir mehr und bessere Kontrollen des Beifangs der Fischereiflotten aus
 142 Bremischen Häfen.

143 Aber nicht nur Fischerei gefährdet unsere Meere, auch die zunehmende Vermüllung.
 144 Wir wollen die Einführung von Mehrwegsystemen für Kaffeebecher, Teller und
 145 Besteck zunächst in Bremen, aber nach Möglichkeit auch bundesweit forcieren. Auf
 146 Bundes- und EU-Ebene setzen wir uns für ein Verbot von Mikroplastik in Kosmetika
 147 ein.

148 In Bremen sollen mehr bzw. überhaupt Kontrollen der Angelberechtigung
 149 stattfinden. Das "Stockangelrecht bremischer Bürger" soll nicht mehr ohne
 150 Fischereiprüfung möglich sein. Außerdem fordern wir Hinweisschilder an häufig
 151 genutzten, aber illegalen Angelstellen, welche auf das Angelverbot hinweisen.

152 Ein gerechter Umgang mit Tieren ist gut für alle. Unser derzeitiger Umgang mit
 153 der Tierwelt hat katastrophale Folgen für Ökosysteme, das globale Klima und
 154 unsere Gesundheit. Es ist im Interesse aller Menschen, Tieren die Rechte zu
 155 gewähren, die ihnen zustehen und den Zyklus der Unterdrückung und Ausbeutung von
 156 leidensfähigen Lebewesen zu beenden. Nur eine Gesellschaft, in der auch die
 157 Rechte der Schwächsten gewahrt werden, ist wirklich nachhaltig, friedlich und
 158 gerecht.

Begründung

Dieser Antrag ist das Ergebnis eines zweijährigen Programmprozesses innerhalb der LAG Tierpolitik seit ihrer Gründung Anfang 2016. Wir haben uns bei unseren monatlichen Treffen nacheinander mit den vielfältigen tierpolitischen Themen im Land Bremen beschäftigt, dazu Expert*innen und Initiativen aus Bremen eingeladen und mit ihnen diskutiert und schließlich unsere Positionen bestimmt. Direkt oder indirekt haben an diesem Antrag 30 Menschen mitgewirkt, teilweise Mitglieder der Grünen und teilweise Menschen aus der Stadtgesellschaft und insbesondere von tierpolitischen Initiativen, die Gast unserer LAG waren und mitunter zu regelmäßigen Mitgliedern der LAG oder sogar der Partei geworden sind.

Die intensive Beteiligung von tierpolitischen Initiativen an unserer inhaltlichen Arbeit – vom Stadttaubenprojekt über die Ärzte gegen Tierversuche bis zu Vertreter*innen des Bremer Tierheims – gewährleistet, dass dieser Antrag die Themen so vertritt, wie sie von Tierschützer*innen und Tierrechtler*innen in Bremen und Bremerhaven diskutiert und engagiert vertreten werden. Weite Teile des Antrags decken sich dabei mit urgrünen Positionen aus anderen Ländern oder dem Bundesverband, sei es die Abschaffung der Rasselisten bei Hunden oder das Ende von Tierversuchen. Dieses Grundsatzpapier bietet damit eine Grundlage für die zukünftige Grüne Tierpolitik im Land Bremen und den Programmprozess zur Bürgerschaftswahl 2019.